



Presseinformation

Berlin, den 11. Juli 2023

60 Prozent der großen Familienunternehmen gegen Flat Tax bei Erbschaftsteuer

- Repräsentative ifo-Umfrage unter 851 Familienunternehmen
- Zwei Drittel halten bei Wegfall der Verschonungsregeln Verkauf für wahrscheinlicher
- Nachfolge steht bei 43 Prozent der Unternehmen unmittelbar bevor

Für 43 Prozent aller Familienunternehmen steht in den nächsten drei Jahren die Übergabe von Unternehmensanteilen an Nachfolger an. Mehr als 60 Prozent der Familienunternehmen rechnen bei der Übertragung an die nächste Generation mit starken Belastungen durch die Erbschaftsteuer. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 851 Unternehmen durch das ifo Institut im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen. „Die Erbschaftsteuer entscheidet darüber, ob die in den Familienunternehmen vorhandene Substanz erhalten bleibt. Von ihr hängt ab, in welchem Umfang Unternehmen in neue Werke und Technologien investieren können“, sagte Prof. Rainer Kirhdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik.

Die Umfrage gibt auch ein Stimmungsbild zur aktuellen Diskussion der CDU über einen Einheitssteuersatz der Erbschaftsteuer. Die CDU führt diese Debatte seit wenigen Wochen. Unter allen befragten Familienunternehmen ist die Ablehnungsquote der Flat Tax etwa doppelt so hoch (46 Prozent) wie die Zustimmungsquote (26 Prozent). Die Umfrage zeigt zudem, dass die Ablehnung mit der Größe des Familienunternehmens zunimmt. Die 500 größten Familienunternehmen sehen die „Flat Tax“ von 10 Prozent, wie sie die CDU diskutiert, mit noch größerer Skepsis. Knapp 60 Prozent der TOP-500-Familienunternehmen bewerten diesen Vorschlag negativ oder sehr negativ. Ein Viertel kann ihm positive Seiten abgewinnen. Die 500 größten Familienunternehmen sind für deutsche Volkswirtschaft prägend. Sie beschäftigen weltweit mit über sechs Millionen Personen mehr Mitarbeiter als die Dax-Konzerne in Streubesitz.

Kirhdörfer nannte als Grund für die deutliche Ablehnung der Flat Tax: „Substanzsteuern wie die Erbschaftsteuer und die Vermögensteuer sind für Familienunternehmen besonders schädlich, weil diese Steuern unabhängig von der Ertragslage entrichtet werden müssten. Deutschland ist für Familienunternehmen längst ein Höchststeuerland, da sind Debatten über weitere Verteuerungen Gift“, so Kirhdörfer.

Wichtig ist aus Sicht der befragten Familienunternehmen bei der Erbschaftsteuer die Behandlung des Betriebsvermögens, das aus Maschinen, Anlagen, Patenten besteht. Für Betriebsvermögen gelten Verschonungsregeln. Zwei Drittel der Familienunternehmen erwarten bei Wegfall der Sonderregeln für Betriebsvermögen einen Rückgang der Investitionen. Mehr als die Hälfte der Unternehmen befürchten in diesem Fall einen Arbeitsplatzabbau. Zwei Drittel der familiengeführten Unternehmen geben ferner an, dann werde ein Verkauf des Unternehmens wahrscheinlicher.



Befragt nach den einzelnen Arten der Belastung nennen die Familienunternehmen an erster Stelle die Belastung ihrer Mitarbeiter mit Steuern und Abgaben. 67 Prozent der befragten Unternehmen sprechen von einer „starken“ oder „sehr starken“ Belastung. An zweiter Stelle steht die Einkommensteuer, die 63 Prozent der Familienunternehmen als hohe Belastung für ihre Unternehmen empfinden. Damit rangiert die Einkommensteuer-Belastung höher als zum Beispiel die der Körperschaftsteuer. Die Belastung mit Erbschaftsteuern empfinden 61 Prozent der Familienunternehmen als beträchtlich.

» **Download der Abbildungen**

Die **Stiftung Familienunternehmen und Politik** unterstützt Familienunternehmen bei der politischen Interessenvertretung in vielfältiger Weise. Ihre Rahmenbedingungen unterliegen einem starken Wandel wie nie zuvor. Die Globalisierung, der Fachkräftemangel, die digitale Transformation, die Sicherheit von Personen und Unternehmen, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sowie die politischen Rahmenbedingungen sind nur einige Herausforderungen.

Weitere Informationen:

Roland Pichler

Leiter Haus des Familienunternehmens

Stiftung Familienunternehmen und Politik
Pariser Platz 6A
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 22 60 529 15
Fax: +49 (0) 30 / 22 60 529 29
Mobil: +49 (0) 151 / 644 116 37
pichler@familienunternehmen-politik.de
www.familienunternehmen-politik.de